

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0120/2023/AN

Antragsteller: SPD, Grüne, CDU, LINKE
Antragsdatum: 30.11.2023

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Feministische Stadtplanung und Abbau von Angsträumen
in der Stadt**

Antrag

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 15. März 2024

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	14.12.2023	Ö		
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	16.01.2024	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	24.01.2024	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	06.02.2024	Ö		
Gemeinderat	14.03.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2023

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 16.01.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.01.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 06.02.2024

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0120/2023/AN

Abbildung des Antrags:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
CDU und DIE LINKE

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

01.12.2023

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Feministische Stadtplanung und Abbau von Angsträumen in der Stadt

Die AG Städtebau wird gebeten, zum aktuellen Stand ihrer Arbeit in Bezug auf städtebauliche Kriminalprävention, den Abbau von Angsträumen und zu feministischer Stadtplanung im nächsten Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit zu berichten.

Begründung:

Sogenannte Angsträume, das heißt unübersichtliche und dunkle Stellen im Stadtgebiet, tragen negativ zum Sicherheitsempfinden gerade für vulnerable Gruppen bei und begünstigen das Auftreten krimineller Handlungen. Eine feministische Stadtplanung hat das Ziel, die (Sicherheits-) Bedürfnisse von Frauen und anderen vulnerablen Gruppen in den Vordergrund zu stellen und bei der Planung in besonderen Maße zu berücksichtigen. Dazu gehört auch der Abbau von Angsträumen.

Um einen aktuellen Sachstand vor allem im Hinblick auf die feministische Stadtentwicklung und dem Abbau von Angsträumen in Heidelberg zu erhalten, bitten wir um einen entsprechenden Bericht der AG Städtebau im nächsten Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gezeichnet CDU-Fraktion,
gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktion DIE LINKE**